

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

13. Jahrgang.

Samstag, 11. Feber 1933

Nr. 36.

Deutsche Antwort an Paul-Boncour.

Genf, 10. Feber. Das Wolff-Büro meldet: Vorkonferenzen des Völkerverbandes im Büro der Arbeitskonferenz Paul-Boncours eine kurze und entschiedene Antwort auf seine getragenen Erklärungen über die Gleichberechtigungfrage.

Vorkonferenzen des Völkerverbandes erklärte u. a.: „Die am 11. Dezember unterzeichnete Vereinbarung gibt die Basis und die Voraussetzung für die Teilnahme Deutschlands an den Arbeiten der Arbeitskonferenz. Es ist deshalb augenscheinlich, daß für Deutschland, solange wir hier auf der Konferenz arbeiten, der Inhalt dieser Vereinbarung die Plattform ist, von der es sich nicht entfernen wird.“ Der deutsche Vertreter stellte sodann den französischen Ausführungen über die Sicherheitsfrage den deutschen Standpunkt gegenüber, und betonte: „Unsere Auffassung ist eine ganz andere. Die wirkliche Aufgabe dieser Konferenz besteht nicht in der Frage neuer Sicherheitsgarantien, sondern darin, daß ein entscheidender Schritt in der Abrüstung geschieht. Das ist gleichzeitig das beste Mittel, um die allgemeine Sicherheit zu erhöhen.“ Diese Auffassung werde übrigens von einer großen Anzahl anderer Delegationen geteilt.

Die Vereinheitlichung der Rezerformationen.

Paul-Boncour verlangt in Genf in den Vordergrund der kommenden Beratungen die französischen Vorschläge über die Vereinheitlichung der europäischen Rezerformationen zu rufen. Er erklärte ausdrücklich, daß Frankreich in der Frage des Kriegsmaterials keinerlei Entscheidung treffen könne, so lange diese Frage nicht geklärt sei. In der Diskussion wurde der französischen Auffassung von den Vertretern Italiens und Deutschlands widersprochen. Schließlich wurde beschlossen, den gesamten arbeitswirtschaftlichen Teil des englischen Arbeitsprogramms dem Hauptauschuß und die Sicherheitsfragen der politischen Kommission zu überweisen. Beide Ausschüsse werden Anfang der nächsten Woche ihre Arbeiten aufnehmen.

Japan trotz dem Völkerbund.

Tokio, 10. Feber. (Neuer.) Die Regierung wird zusammengetreten, um über die Antwort Japans auf das geistige Ersuchen des Genfer Rezerformationsschusses zu antworten, wonach Japan eine klare Antwort auf die Frage erteilen soll, ob es vorbehaltlos die Erklärung annimmt, daß das gegenwärtige Regime im Staate Mandschukuo nicht die Lösung des mandchurischen Problems bedeute. Die Regierung beabsichtigt durchaus nicht, den Standpunkt gegenüber dem Mandschukuo-Staate zu ändern. Da sie aber wünscht, daß vorsichtig vorgegangen wird, hat das Außenministerium die japanische Delegation in Genf verständigt, keine Erklärung über den japanischen Standpunkt im Völkerbunde abzugeben und weitere Anweisungen abzuwarten. Das Ersuchen des Genfer Rezerformationsschusses fand einen bemerkenswerten Widerhall im Außenministerium, dessen offizieller Sprecher erklärte, der Völkerbund würde sich eigentlich einer Verleumdung schuldig machen, wenn er behaupten würde, daß er den japanischen Standpunkt gegenüber dem Staate Mandschukuo nicht begreife, wiewohl dieser Standpunkt bereits einigemal der Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde. Nach der Erklärung des Sprechers des Außenministeriums ist kein Kommissar der Rezerformation in Genf, da die Regierung über die grundsätzliche Frage mäßig, da nach der Ueberzeugung Japans die Existenz des Staates Mandschukuo die Grundbedingung für den Frieden im Fernen Osten bedeute.

Der schwarz-weiß-rote Papen.

Berlin, 10. Feber. Nach dem Scheitern des Planes zur Bildung eines großen Wahlbundes der gesamten Rechten, arbeitet nun — der „Völkerverband“ zufolge — von Papen an der Schaffung einer gemeinsamen Wahlfront der deutschnationalen und des Stahl-Deutschnationalen und des Stahl-Heimats. Der neue Bund soll zum Zeichen seiner Sympathie für den monarchistischen Gedanken den Namen „Schwarz-weiß-roter Kampf-Bund“ erhalten. An den ersten drei Stellen seiner Kandidatenliste würden Papen, Schulenburg und Seibitz stehen.

Vor dem Verbot der KPD!

Berlin, 10. Feber. (Eigenbericht.) Gerüchte, nach denen die kommunistische Partei nach den Wahlen verboten werden soll, treten heute wieder in verstärktem Maße auf, so daß man allgemein glaubt, daß ein Verbot unmittelbar bevorsteht. Angeblich sucht man im Reichsjustizministerium nur noch die juristische Formel für das Verbot. Es soll ausgesprochen werden, nachdem die Frist zur Einbringung von Kandidatenlisten abgelaufen sein wird. Dadurch will man verhindern, daß unter neuem Namen andere Ersatzorganisationen für die kommunistische Partei eintreten.

Das Staatsbegräbnis des Arbeitermörders.

Berlin, 10. Feber. (Eigenbericht.) Heute wird bekannt, daß jener Berliner SA-Mann, der am vergangenen Sonntag unter staatlichen Ehren und auf Staatskosten begraben wurde, seinem eigenen Geständnis nach einen kommunistischen Arbeiter erschossen hat und durch seine Sturmabteilung vier andere Arbeiter umbringen ließ. Die Würde des SA-Führers sind noch unbekannt und es ist sehr zweifelhaft, ob sie in sozialistischen Kreisen zu finden sind.

Müllers Programm.

Hiller hielt am Freitag im Berliner Sportpalast eine phrasenreiche Rede, die zu 90 Prozent aus ordinären Beschimpfungen der Sozialdemokratie bestand. Zum Schluß sagte er: „Wenn die Gegner nach einem detaillierten Programm fragen, dann kann ich nur zur Antwort geben: Nach gutem Witz, nach gutem Witz, nach gutem Witz.“

Neue Terrorakte.

Berlin, 10. Feber. Auf ein Verkehrslokal der NSDAP wurde in der vergangenen Nacht ein Überfall verübt. Kurz nach Mitternacht wurden auf das Lokal mehrere Schüsse abgegeben und zwei Eierhandgranaten durch das Schaufenster in den Gastraum geworfen. Von den im Lokal anwesenden 25 Nationalsozialisten wurden drei leicht verletzt. Die Täter sind mit einem Motorrad unerkannt entkommen.

Im Norden der Stadt wurde ein Arbeiter durch einen Kopfschuß so schwer verletzt, daß er auf dem Wege ins Krankenhaus starb.

In der Nähe des Brandenburger Tor wurde heute früh ein Mann mit einer Schußverletzung an der rechten Schläfe tot aufgefunden.

Elbing, 10. Feber. Eine Polizeistreife schoß auf Kommunisten. Diese schoffen zurück. Ein

Ein fascistischer Dreieck?

Paris, 10. Feber. Die Frage, ob geheime Freundschafts-, Offensiv- und Defensivkonventionen zwischen Italien, Ungarn und Deutschland bestehen, beschäftigt sehr lebhaft die französische politische Öffentlichkeit von der Rechten bis zur Linken sowie die Presse. Auf eine diesbezügliche Anfrage im Außenministerium der Kammer antwortete deren neuer Vorsitzender Perriot, er habe zur Zeit, als er Ministerpräsident und zugleich Außenminister war, die Existenz einer solchen Konvention vermutet, doch habe er nicht mit Sicherheit in Erfahrung bringen können, ob wirklich am 7. August 1932 ein Austausch der Unterschriften stattgefunden habe, wie behauptet wird und wie der Deputierte der Rechten Jbarne-gary ausdrücklich erklärte. Tropdem derartige Nachrichten von Berlin und von Budapest demontiert wurden, wird in französischen politischen Kreisen auf den Umstand verwiesen, daß in Rom, Budapest und Berlin drei nationale Regierungen am Ruder sind, die durch das gleiche Ideal und die gleichen Interessen verbunden sind, nämlich das Herbeiführen einer Revision der Friedensverträge von Versailles und Trianon und die Wiederherstellung des in diesen Friedensverträgen festgesetzten territorialen status quo.

Regelung des Zinsfußes.

Regierungsvorlage eingebracht.

Die Regierung hat gestern im Abgeordnetenhause eine Vorlage eingebracht, durch welche eine Regelung des Zinsfußes angebahnt wird. Es handelt sich hier um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung, um einen mehr oder weniger schmerzhafte — das hängt von der Durchführung des Gesetzes ab — Eingriff in das Wirtschaftsleben.

Die Höhe des Zinsfußes war bisher abhängig vom Gange der Konjunktur. In Zeiten guten Geschäftsganges war die Nachfrage nach Kapital stärker, infolgedessen war der Zinsfuß hoch. In Zeiten absteigender wirtschaftlicher Entwicklung war die Nachfrage nach Kapital geringer, der Zinsfuß sank daher. Je mehr aber der Zinsfuß sank, desto rentabler wurde es, neues Kapital in der Wirtschaft zu investieren. So hat der niedrige Zinsfuß stets zur Ueberwindung der regelmäßigen Krisen der kapitalistischen Produktion beigetragen.

Die Krise, welche die kapitalistische Wirtschaft gegenwärtig erschüttert, ist nicht nur die schwerste Krise, welche der Kapitalismus überhaupt je durchgemacht hat, sondern charakteristisch für diese Krise ist auch, daß die ganze kapitalistische Mechanik immer mehr verfallt. Trotzdem die Krise katastrophal ist, ist der Zinsfuß ungewöhnlich hoch. Investitionen werden dadurch unrentabel, die Ueberwindung der Wirtschaftskrise aus der Autonomie des Kapitals selbst heraus ist unmöglich.

Kundgebung republikanischer Studenten verboten.

Berlin, 10. Feber. Der Deutsche Studentenverband, die Spitzenorganisation der republikanischen Studentenschaft, hatte für heute vormittag eine Kundgebung auf dem in der Nähe der Universität gelegenen Beuelplatz angesetzt, die dem Gedenten des bei den Breslauer Zwischenfällen ums Leben gekommenen Studenten Steinfeld gewidmet sein sollte. Diese Veranstaltung war jedoch von der Polizei verboten worden. Als die Studenten sich auf dem Beuelplatz begehen wollten, war der Platz von der Polizei abgesperrt worden, zwei Schüler gaben das Verbot bekannt. Zwischen republikanischen Studenten und nationalsozialistischen Studenten kam es mehrfach zu Schlägereien, die sich bis zum Bahnhofsriedrichstraße fortsetzten. Die Polizei nahm mehrere Studenten fest.

Noske geht — Prinz August Wilhelm kommt.

Hannover, 10. Feber. (Wolff.) Der Oberpräsident der Provinz Hannover Noske hat um Urlaub vom Beginn nächster Woche bis zum 1. Oktober, wo er die Altersgrenze erreicht, eingereicht. Er hat die Geschäfte an den Vizepräsidenten Dr. Lehmann abgegeben.

Noske, der bereits seit mehreren Jahren Oberpräsident der Provinz Hannover ist, sollte von der kommunistischen preussischen Regierung auf Zwangsurlaub geschickt werden. Noske war der einzige sozialdemokratische Oberpräsident, den die kommunistische Regierung noch nicht befreit hat. Der „Deutschen Allg. Zeitung“ zufolge soll zum Nachfolger Noskes der Sohn des ehemaligen Kaisers, Prinz August Wilhelm, ernannt werden, der Mitglied der nationalsozialistischen Partei ist.

Scheidners Freunde gehen.

Berlin, 10. Feber. Der bisherige Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium Oberst Erdow ist mit dem Charakter eines Generalmajors verabschiedet worden.

Eine Abluhr für die Regierung Dollfuß.

Wien, 10. Feber. In der letzten Sitzung des Finanzausschusses des Nationalrats hatte Finanzminister Dr. Weidenhoffer an die Sozialdemokraten appelliert, ihre Stimme für das sogenannte währungsrechtliche Ermächtigungsgesetz zu geben. Heute antwortete der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Bauer auf Grund eines Beschlusses der sozialdemokratischen Fraktion, diese sei nicht in der Lage, für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen, da sie der gegenwärtigen Regierung kein Ermächtigungsgesetz erteilen könne, einerseits aus politischen Gründen, da sie als eine antimarkistische Regierung eine Kampfstellung gegen die Arbeiterschaft einnehme, andererseits aus moralischen Gründen, da die Person des Ministers Dr. Hintelen nicht die Garantie biete, daß die Zustimmung zu einer Ermächtigung nicht gegen die Sozialdemokratie in unaufrichtiger Weise ausgenutzt werde. Schließlich hätten die Sozialdemokraten auch wirtschaftliche Bedenken, da anscheinend die Ermächtigung zur Salorisierung der Fülle ausgenutzt werden soll, was eine neue Leertourneuse und eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit im Gefolge hätte. Die erwähnte Gesetzesvorlage wurde dann von der Tagesordnung des Ausschusses abgejetzt.

